

Stärken, Probleme und Perspektiven der PDS in den neuen Bundesländern

1. Vorbemerkung

Anfang der neunziger Jahre gingen politische und wissenschaftliche Beobachter des Parteiensystems im Westen noch davon aus, dass es sich bei der PDS um ein nach und nach verschwindendes Relikt aus der Konkursmasse der untergegangenen DDR handeln würde. Stellvertretend für diese Stimmen soll hier Patrick Moreau zitiert werden, der in seinem 1991 veröffentlichten Buch über die "Anatomie der PDS" folgende Prognose abgab:

"Die PDS ist wahlpolitisch und organisatorisch zu einer regionalen Partei verkommen, die die Interessen eines immer kleineren Bevölkerungsteils der ehemaligen DDR repräsentiert. Sie befindet sich in einer Krise, die durch den beschleunigten Niedergang ihrer organisatorischen Kapazitäten und ihres Anhängerpotentials gekennzeichnet ist."¹

Tatsächlich ist genau das Gegenteil eingetreten. Die PDS hat ihre Position in den ostdeutschen Bundesländern seit Anfang der neunziger Jahre kontinuierlich ausbauen können und bezeichnet sich nach den überragenden Wahlergebnissen im Jahr 1999 in Thüringen und Sachsen mit einer gehörigen Portion "Selbstbewusstsein" bereits als "SPD-Nachfolgepartei"². Auch die vor einigen Jahren von Michael Brie in Umlauf gebrachte Charakterisierung der PDS als ostdeutsche "Volkspartei"³ wird heute weitgehend akzeptiert. Was sind die zentralen Erfolgsbedingungen für die einzigartige Karriere der PDS in Ostdeutschland? Wie sind ihre Stärken und Schwächen, wie ist ihre weitere Perspektive im bundesdeutschen Parteiensystem einzuschätzen? Der folgende Beitrag wird diese Fragen zunächst im Kontext der Entwicklung des Parteiensystems in der Bundesrepublik aufgreifen und sich dann mit der Binnenentwicklung der PDS beschäftigen.

2. Zur Entwicklung des Parteiensystems seit der deutschen Einheit

¹ Moreau, Patrick: PDS - Anatomie einer postkommunistischen Partei. Bonn 1991, S.458.

² Bartsch, Dietmar: zitiert nach einem Bericht des Weser-Kurier vom 6. Dezember 1999, S. 2 ("PDS auf der linken Überholspur").

³ Brie, Michael: Das politische Projekt PDS - eine unmögliche Möglichkeit. In: Ders./Herzig, Martin/Koch, Thomas (Hrsg.), Die PDS. Empirische Befunde & kontroverse Analysen, Köln 1995, S.9-38.

Zur Charakterisierung des bundesrepublikanischen Parteiensystems wird in diesem Beitrag auf drei Grundbegriffe aus der Parteienforschung zurückgegriffen: Fragmentierung, Polarisierung und Segmentierung. Der Grad der Fragmentierung eines Parteiensystems hängt von der Anzahl und politischen Bandbreite der Parteien ab, der Grad der Polarisierung wird durch die jeweiligen ideologischen Gegensätze bestimmt, und der Grad der Segmentierung gibt darüber Aufschluss, wie kooperationswillig und koalitionsfähig die Parteien untereinander sind. In der politikwissenschaftlichen Literatur wird in der Regel betont, dass die Geschichte der westlichen Bundesrepublik bis Ende der achtziger Jahre im wesentlichen durch ein stabiles Parteiensystem mit einem schwachen Grad an Fragmentierung, Segmentierung und Polarisierung geprägt war.⁴ Dies gilt insbesondere für das Zweieinhalb-Parteiensystem aus CDU, SPD und FDP, das zwischen 1956 und 1979 Bestand hatte. Auch als es den Grünen Anfang der achtziger Jahre gelang, in dieses "Kartell" einzubrechen und sich schrittweise im Parteiensystem zu etablieren, wurde diese Stabilität nicht ernsthaft gefährdet. Im Gegenteil: Mit der ersten rot-grünen Koalition 1985 in Hessen bewegten sich die Grünen de facto auf eine Integration in das parlamentarische System der Bundesrepublik zu.

Erst Ende der achtziger Jahre, als Erfolge rechtsextremer Parteien in den Parlamenten einiger westdeutscher Bundesländer zu verzeichnen waren, deutete sich eine gewisse Erosion der Stabilität des Parteiensystems an. Als dann nach der deutschen Einheit mit der PDS eine weitere Partei die parlamentarische Bühne betrat, verstärkten sich die Befürchtungen, dass die Tendenz zur Fragmentierung, ideologischen Polarisierung und Segmentierung des Parteiensystems weiter zunehmen würde. In Teilen der politikwissenschaftlichen Literatur ging man aber 1990 zunächst noch von einer mehr oder weniger bruchlosen Übernahme des Parteiensystems der alten Bundesrepublik durch die ostdeutschen Wählerinnen und Wähler aus, während die PDS in diesem Szenario eher als temporäres Phänomen gesehen wurde, das nach einer gewissen Übergangszeit von selbst verschwinden würde.⁵ Durch die Wahlergebnisse im Superwahljahr 1994 wurde diese Einschätzung allerdings gründlich widerlegt, und es zeichneten sich bereits damals die Linien ab, die seitdem die Entwicklung des Parteiensystems bestimmen.

Auf Bundesebene hat sich seit 1990 - durch die konstanten Wahlerfolge der PDS im Osten - ein Fünf-Parteiensystem herauskristallisiert, in dem die PDS de facto die Stellung einer Außenseiterpartei einnimmt, die von den anderen Parteien auf dieser Ebene - zumindest bisher - aus ihren Koalitionsüberlegungen ausgeschlossen bleibt. Aus der Sicht der Parteienforschung

⁴ Vgl. Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.): Stand und Perspektiven der Parteienforschung in Deutschland. Opladen 1993. Vgl. auch Braunthal, Gerard: Parties and Politics in Modern Germany. Boulder/Colorado 1996.

ist aber vor allem die von erheblichen Disparitäten gekennzeichnete Auseinanderentwicklung des Parteiensystems in den ost- und westdeutschen Bundesländern interessant. Dadurch, dass FDP und Bündnisgrüne bereits nach den Wahlen im Superwahljahr 1994 de facto zu reinen Westparteien mutiert sind, hat sich in den ostdeutschen Bundesländern ein stabiles Drei-Parteiensystem durchgesetzt, wenngleich es unter bestimmten Bedingungen auch den rechts-extremen Parteien gelingen kann, in diese Phalanx einzubrechen (Wahlerfolge der DVU 1998 in Sachsen-Anhalt und 1999 in Brandenburg). Das Besondere an dieser Konstellation ist die Tatsache, dass CDU, SPD und PDS drei große Blöcke repräsentieren, die, je nach Bundesland und Ausgangslage, Stimmenanteile zwischen 20 % und 50 % umfassen können. Bemerkenswert ist auch die hohe Wählervolatilität innerhalb dieser drei Blöcke, die in der Wahlforschung darauf zurückgeführt wird, dass sich in Ostdeutschland bisher - mit Ausnahme der PDS - kaum Stammwählermilieus herausgebildet haben. Das Wahlverhalten ist vor diesem Hintergrund außerordentlich mobil und stimmungsabhängig sowie sehr stark auf bestimmte Themen und Personen fixiert. So konnte die PDS bei den Landtagswahlen 1999 z.B. in Sachsen 40.000 Stimmen von der SPD, 21.000 Stimmen von der CDU, 12.000 Stimmen von den Bündnisgrünen und 40.000 Stimmen von bisherigen Nichtwählern dazugewinnen (siehe Graphik im Anhang). Wählerwanderungen in dieser Größenordnung und in dieser Bandbreite, z.B. von der CDU zur PDS, sind in Ostdeutschland keinesfalls ungewöhnlich.

3. Die Integration der PDS in das politische System der Bundesrepublik

Das Drei-Parteiensystem in Ostdeutschland hat auch - nicht zuletzt aufgrund der relativen Stärke der PDS - im Laufe der neunziger Jahre zu neuen politischen Konstellationen geführt, die in der alten Bundesrepublik nicht denkbar waren. Da sich die PDS zunächst als reine Oppositionspartei definierte und zugleich von den anderen Parteien als nicht koalitionsfähig angesehen wurde, drohten in einigen ostdeutschen Bundesländern, in denen es keine absoluten Mehrheiten für SPD oder CDU gab, große Koalitionen zwischen diesen beiden Volksparteien zum Regelfall zu werden. Diese Aussicht führte bereits 1994 zu einer Minderheitsregierung in Sachsen-Anhalt - ein Novum in der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik, für deren westliche Parteien stabile Regierungsmehrheiten ein unhinterfragtes Dogma waren. Für die PDS, die im "Magdeburger Modell" die Rolle des Tolerierungspartners spielte, bedeutete diese Erfahrung eine Art "Schnupperkurs" beim Mitregieren und eine erste vorsichtige Öffnung in Richtung Regierungsbeteiligung, ohne dass sie unmittelbar für politische Entscheidungen verantwortlich gemacht werden konnte. Eine weitere Zäsur stellte die Landtagswahl

⁵ Vgl. u.a. Bortfeldt, Heinrich: Von der SED zur PDS. Bonn/Berlin 1992, S.495.

1998 in Mecklenburg-Vorpommern dar. Bereits seit langem deutete sich an, dass Teile der SPD – u.a. ihr Parteivorsitzende in Mecklenburg-Vorpommern, Harald Ringstorff - sich aus der Umklammerung der CDU lösen wollten, zum anderen hatte die PDS-Führung in Mecklenburg-Vorpommern unter ihrem Vorsitzenden Helmut Holter längst den Gestus der Fundamentalopposition aufgegeben und drängte an die Macht, so dass hier die Voraussetzungen für die Bildung der ersten SPD-PDS-Koalition außerordentlich günstig waren. Die Wahrnehmung dieser unterschiedlichen Optionen hat der PDS keinesfalls geschadet. Im Gegenteil: durch ihre Regierungsbeteiligung in Mecklenburg-Vorpommern hat sie den Beweis angetreten, dass sie sich nicht mehr als Oppositionspartei “pur” versteht. In Sachsen-Anhalt probiert sie weiterhin – zumindest gegenwärtig noch - in Ruhe das Modell “Tolerieren” aus, während sie sich in den anderen ostdeutschen Bundesländern, von einer gestärkten Position aus, als soziale Oppositionspartei profiliert. Insofern hat es die PDS bisher verstanden, alle drei Optionen - Mitregieren, Tolerieren, Opponieren - flexibel zu nutzen, um dadurch ihren politischen Aktionsradius zu erweitern. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung haben mögliche Koalitionen mit der PDS längst ihr negatives Image verloren und bilden auch für die politischen Gegner der PDS kaum noch eine mobilisierende Angriffsfläche. Die PDS, das hat auch die CDU inzwischen begriffen, gehört gewissermaßen zur Normalität in den neuen Bundesländern und lässt sich nicht länger aus dem Koalitionskalkül der anderen Parteien ausschließen. Darüber hinaus kommt der PDS zu gute, dass die SPD-Führung zunehmend Gefallen daran findet, mit verschiedenen Koalitionsoptionen zu spielen – vor allem im Hinblick auf zukünftige Wahlen in Ostdeutschland. Dass die PDS die Chancen erkannt hat, die in dieser Entwicklung liegen, zeigen die Reaktionen aus dem Kreis der intellektuellen Vordenker der Partei. Michael Brie, Leiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung, hat die SPD bereits zum “strategischen Partner für die PDS in den ostdeutschen Bundesländern”⁶ erklärt. Die Einbeziehung der PDS in die Rentenkonsensgespräche der Bundesregierung und das Treffen des Bundeskanzlers mit Helmut Holter anlässlich der Abstimmung über die Steuerreform haben in jedem Fall die PDS endgültig mit dem Gütesiegel der verfassungskonformen Partei versehen. Ihre Integration in das Parteiensystem der Bundesrepublik kann insofern als abgeschlossen gelten. Einmal mehr hat sich in diesem Zusammenhang das politische System der Bundesrepublik als außerordentlich flexibel und absorptionsfähig erwiesen. Mit den Grünen und der PDS konnten ohne größere Friktionen zwei Parteien in das Parteiensystem integriert werden, die zunächst beide – bei aller Unterschiedlichkeit ihrer Geschichte und ihres Profils - von ihrem programmatischen Ansatz und politischen Habitus her als Antisystemparteien die politische Bühne betreten hatten. Indem

⁶ Michael Brie in einem Interview der Fernsehsendung “Bericht aus Bonn” am 13. Oktober 2000.

sich beide Parteien nach und nach auf die Regeln des parlamentarischen Systems eingelassen haben und ihnen zugleich nach einer Latenzphase Möglichkeiten der Mitgestaltung eingeräumt wurden, konnten antidemokratische und systemoppositionelle Tendenzen neutralisiert werden.

4. Stärken der PDS in Ostdeutschland

Im Westen war man lange Zeit geneigt, die PDS als Störfaktor, als dysfunktionales Element im Parteiensystem der Bundesrepublik wahrzunehmen - vor allem mit Blick auf mögliche Koalitionsbildungen. Um die Erfolgsgeschichte der PDS im Osten zu erklären ist es jedoch notwendig, das Problem genau von der anderen Seite her zu betrachten. De facto nimmt die PDS eine funktionale Korrektivfunktion im Parteiensystem der Bundesrepublik wahr, in dem sie als genuin ostdeutsche Regionalpartei ein Repräsentationsdefizit ausgleicht.⁷ Dabei handelt es sich aber keinesfalls, wie oft angenommen wird, um ein Repräsentationsdefizit im Hinblick auf materielle oder vordergründig soziale Interessen, sondern vor allem um ein Repräsentationsdefizit im Hinblick auf Identität und Wahrnehmung von ostdeutscher Befindlichkeit.⁸ Zwar geht diese Befindlichkeit auch auf unterschiedliche soziale Lagen und ein nach wie vor erhebliches Wohlstandsgefälle zwischen Ost- und Westdeutschland zurück, aber sie ist vor allem Ausdruck einer soziokulturell und politisch erlebten Ausgrenzung ostdeutscher Erfahrungen aus der gesamtdeutschen Gesellschaft. Als einzige Partei mit einem eindeutigen und unverwechselbaren Ostkolorit artikuliert die PDS politische Positionen und Stimmungen, die "in Ostdeutschland generell verbreitet sind und die sich in den Ostflügeln aller Parteien mehr oder weniger abzeichnen, dort jedoch minoritär bleiben"⁹. Die Existenz der PDS und ihre Unterstützung durch mehr als zwei Millionen ostdeutsche Wählerinnen und Wähler zwingt die überwiegend westdeutsch geprägten Parteien und politischen Institutionen dazu, auf "Ostprobleme" stärker einzugehen, als wenn es die PDS nicht geben würde. Insofern kanalisiert die PDS einen Teil der Unzufriedenheit, die sich zwangsläufig aufgrund sozialer, politischer und kultureller Anpassungsleistungen der Ostdeutschen an die neuen systemischen Vorgaben ergibt. Ohne Zweifel profitiert die PDS dabei von der Tatsache, dass im Westen die von den Ostdeutschen erbrachten Anpassungs- und Aufbauleistungen in einer außerordentlich prekären und schwierigen Übergangsphase oft nicht angemessen gewürdigt werden. Dies drückt sich u.a. darin aus, dass sich fast 75 % der Ostdeutschen als Bürger zweiter Klasse in

⁷ Vgl. Koch-Baumgarten, Sigrid: Postkommunisten im Spagat. Zur Funktion der PDS im Parteiensystem. In: Deutschland Archiv, Jahrgang 1997, Heft 6. S.1244-1249.

⁸ Vgl. u.a. Neugebauer, Gero/Stöss, Richard: Die PDS. Geschichte. Organisation. Wähler. Konkurrenten. Opladen 1996, S.285.

der gesamtdeutschen Gesellschaft fühlen. Sehr häufig wird den Ostdeutschen auch eine "Modernisierungsblockade" unterstellt, obwohl empirische Studien belegen, dass die meisten Ostdeutschen - trotz erheblicher sozialer Verwerfungen - die berufliche, soziale und persönliche Umbruchsituation erstaunlich pragmatisch und flexibel bewältigt haben, ohne dass es zu extremen Anomiesymptomen gekommen ist.¹⁰

Zu den Stärken der PDS zählt auch die Tatsache, dass sie die einzige sozial verankerte Partei im Osten ist, die über ein breites politisches Vorfeld verfügt und fest in lokalen Milieuzusammenhängen verankert ist.¹¹ Gerade auf kommunaler Ebene kann die Partei ihre Vorteile als starke Mitgliederpartei, als identitätsstiftende Milieupartei und als pragmatische Interessen- und Protestpartei ausspielen. In den kommunalen Parlamenten ist die PDS längst in institutionelle Prozesse integriert ist und arbeitet dort pragmatisch und sachorientiert an der Lösung kommunaler Probleme mit. Bereits 1998 stellte die PDS 190 Bürgermeister in kleineren und mittleren Gemeinden. Davon sind zwar die meisten ehrenamtlich tätig, dennoch zeigen diese Zahlen eine relativ hohe Akzeptanz der PDS auf kommunaler Ebene. Darüber hinaus sitzt die Partei in zahlreichen kommunalen Parlamenten mit der stärksten Fraktion und ist mit Tausenden von Mitgliedern in Gemeinden und in Stadtteilen präsent, in denen die anderen Parteien bisher so gut wie überhaupt keine Mitglieder rekrutieren konnten. Dank ihrer kommunalen Verankerung und pragmatisch orientierten Alltagspolitik gelingt es der PDS auch, ganz unterschiedliche soziale Interessen zu bündeln und eine breite Palette von Gruppen zu repräsentieren. So zeigt z.B. das Wählerprofil, dass es keinesfalls die ökonomischen Einheitsverlierer sind, die PDS wählen, sondern im Gegenteil überdurchschnittlich viele Gutsituierte, vor allem Beamte, Angestellte, Hochschulabsolventen und sogar kleinere und mittlere Unternehmer.¹² Wenn man es etwas provokativ formulieren wollte, könnte man sagen, dass die PDS die Partei der "Besserverdienenden" in Ostdeutschland ist. Im Vergleich mit allen anderen Parteien in Ostdeutschland befindet sich die PDS jedenfalls in einer geradezu komfortablen Lage. In der insgesamt entstrukturierten ostdeutschen Gesellschaft verfügt sie als einzige Partei über ein festes Potenzial von Wählern, die eine starke ideologische Affinität zur PDS aufweisen und sich auf hohem Niveau mit der Partei affektiv identifizieren. Vor diesem Hintergrund erscheint die These, dass die PDS sich mit wachsender Machtbeteiligung von selbst

⁹ Ebd., S.876.

¹⁰ Vgl. Becker, Peter: Ostdeutsche und Westdeutsche auf dem Prüfstand psychologischer Tests. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jahrgang 1992, Heft B 24, S.27-36.

¹¹ Vgl. die Studie von Probst, Lothar: Die PDS - von der Staats- zur Regierungspartei. Eine Studie aus Mecklenburg-Vorpommern. Hamburg 2000.

¹² Siehe u.a. Neugebauer/Stöss (Anm. 8), S.228; Falter, Jürgen/Klein, Markus: Zwischen Ideologie, Nostalgie und Protest: Die Wähler der PDS bei der Bundestagswahl 1994. In: Hirscher, Gerhard (Hrsg.), Parteiendemokratie zwischen Kontinuität und Wandel: Die deutschen Parteien nach den Wahlen 1994, München 1995.

“entzaubern” wird, wenig plausibel. Natürlich drohen der PDS dort, wo sie - wie die anderen Parteien - eine rein klientelistische Interessenpolitik verfolgt, die sie angesichts der Finanzschwäche der ostdeutschen Länder und Kommunen als Mitregierungspartei auf Landes- und Kommunalebene nicht ausreichend bedienen kann, Verluste durch die Enttäuschung bestimmter Wählergruppen; aber insgesamt zeichnet sich die PDS-Politik in den Niederungen der ostdeutschen Alltagspolitik gerade durch ihren Pragmatismus, ihre sachorientierte Mitarbeit an der Bearbeitung von Problemen und ihren Verzicht auf die Durchsetzung von Maximalforderungen aus, so dass es nicht viel zu entzaubern gibt. Gleichwohl können zu vollmundige Versprechen, wie sie etwa in Mecklenburg-Vorpommern im Hinblick auf die Etablierung eines öffentlichen Beschäftigungssektors nach dem Eintritt in die Regierungskoalition gemacht worden sind, auch zum Bumerang für die PDS werden.

Die PDS verfügt in Ostdeutschland noch über eine Reihe weiterer Trümpfe. Trotz der dramatischen Mitgliederverluste, die die Partei seit 1989/90 zu verzeichnen hat¹³, ist sie immer noch mit Abstand die Partei mit den meisten Mitgliedern in Ostdeutschland. In vielen politikwissenschaftlichen Analysen wird mit Recht darauf hingewiesen, dass die Überalterung der Mitgliedschaft perspektivisch ein strukturelles Problem für die PDS darstellt; dabei wird aber häufig unterschätzt, dass die älteren Parteimitglieder gegenwärtig noch ein wichtiger Bestandteil des “sozialen Kapitals” der Partei sind. “Sie sind”, wie Tobias Dürr schreibt, “im lokalen Netzwerk der Mietervereine, Gartenlaubenbesitzer und apolitischen Vereinigungen verankert, die sich durch eine lebensweltlich abgestützte Erinnerungskultur an die untergegangene DDR auszeichnen.”¹⁴ Darüber hinaus verfügen sie als Rentner über erhebliche Zeitressourcen, die sie in die politische Arbeit einbringen können. Insofern sind sie eine wichtige Aktivitätsreserve für die Parteiarbeit vor Ort und agieren als eine Art Transmissionsriemen in ihrem sozialen Umfeld.¹⁵

So wie die Älteren jenseits der 60 das “soziale Kapital” der PDS repräsentieren, repräsentiert die mittlere Generation der 40- bis 50-Jährigen das intellektuelle Kapital der Partei. Es handelt sich dabei vor allem um Mitglieder aus der zweiten Reihe der Dienstleistungsklasse der DDR, die in der Regel über eine gute akademische Ausbildung verfügen, auf den verschiedenen Leitungsebenen der PDS präsent sind und auf Parteitag, in den Medien sowie in den Parlamenten das öffentliche Erscheinungsbild der PDS prägen. Mehr als zwei Drittel der Mitglieder in Kreis- und Landesvorständen sowie im Bundesvorstand gehören zu dieser Altersgruppe. Auch die Parlamentsfraktionen in Kommunen, Ländern und im Bund werden von der

¹³ Siehe Probst (Anm. 11), S.18.

¹⁴ Vgl. Dürr, Tobias: Abschied von der inneren Einheit. In: Frankfurter Rundschau, Nr. 282, 3.12.1996, S.10.

Alterskohorte der 40- bis 50-Jährigen dominiert. Durch eine clevere Ausbalancierung von Tradition und Erneuerung hat es diese neue Führungsgeneration nach 1990 verstanden, der PDS die Aura einer linkssozialistischen Partei zu geben, die das Erbe der SED hinter sich gelassen hat, ohne die vermeintlichen Errungenschaften der alten DDR aufzugeben. Auf diese Weise ist es ihr gelungen, den alten Traditionsverbund der SED nach innen zusammenzuhalten und die PDS gleichzeitig gegenüber neuen Wählerschichten zu öffnen.

Wie stark die organisationspolitischen Vorteile, die die PDS in die Waagschale werfen kann, wiegen, lässt sich an den massiven strukturellen Problemen aller anderen Parteien in Ostdeutschland ermessen. Deren Organisationszustand zeichnet sich bisher durch gravierende Schwächen aus: eine niedrige Zahl an Mitgliedern und Aktivisten, eine geringe Organisationsdichte und schwach ausgeprägte Organisationsstrukturen, ein Mangel an Kandidaten für Mandate und Parteiämter, ein starker hauptamtlicher Apparat, dem vergleichsweise wenige Mitglieder gegenüberstehen, eine fehlende vorpolitische Vernetzung sowie eine geringe emotionale Bindung der Mitglieder und Wähler an die eigene Partei.¹⁶ Diese Aufzählung unterstreicht noch einmal die Ausnahmestellung, die die PDS unter den Parteien in Ostdeutschland einnimmt.

5. Probleme und Perspektiven der PDS in Ostdeutschland

Den unverkennbaren Stärken der PDS stehen auf der anderen Seite eine Reihe von Problemen und Schwächen gegenüber, auf die in der politikwissenschaftlichen Literatur immer wieder hingewiesen wird. Angesichts der Robustheit der PDS geht man dort zwar nicht mehr - wie noch vor zehn Jahren - von einem schnellen Ende der Partei aus, unterstreicht aber, dass sie aufgrund eines Modernisierungsdefizits langfristig überflüssig zu werden drohe.¹⁷ Die Programmatik der Partei, so heißt es, sei immer noch von Sozialromantik gekennzeichnet; zugleich werde auf wesentliche Fragen der gesellschaftlichen Modernisierung in der Bundesrepublik keine Antwort gegeben - eine Kritik, die auch von einigen intellektuellen Denkern innerhalb der PDS geteilt wird.¹⁸ Diese Feststellungen stützen sich auf die Beobachtung, dass es in der PDS immer noch ein tiefsitzendes Misstrauen gegenüber den Institutionen der mo-

¹⁵ Siehe Probst (Anm. 11), S.27.

¹⁶ Vgl. Birsl, Ursula/Lösche, Peter: Parteien in West- und Ostdeutschland: Der gar nicht so feine Unterschied. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Jahrgang 1998, Heft 2, S.7-24.

¹⁷ Vgl. Sturm, Eva: "Und der Zukunft zugewandt"? Eine Untersuchung zur "Politikfähigkeit" der PDS. Opladen 2000, S. 324.

¹⁸ Parteiintellektuelle, wie etwa Dieter Klein, argumentieren von der Plattform westlicher Modernisierungstheorien aus, in denen die Basisinstitutionen westlicher Gesellschaften – wie rechtsstaatliche Konkurrenzdemokratie, ein innovationsoffener Marktmechanismus und der Sozialstaat - als unverzichtbar gelten. Sie erwarten in diesem Zusammenhang von der PDS, dass sie sich zu diesen Basisinstitutionen bekannt und sie als Chance für die Evolutionsfähigkeit der Gesellschaft versteht. Damit ist zugleich ein Abschied von einem teleologischen und die Kontingenz historischer Entwicklungen leugnenden Geschichts-

deren demokratischen Gesellschaft gibt und etatistische sowie autoritäre Traditionen nach wie vor einen großen Rückhalt in Teilen der Parteibasis genießen. Eva Sturm, Verfasserin einer Studie über die PDS, argumentiert darüber hinaus, dass die Zukunftsperspektiven der PDS durch ihren Charakter als ostdeutsche Milieupartei begrenzt seien, weil dieses "Milieu historisch einmalig (ist) und sich nicht reproduzieren (lässt)"¹⁹. Schließlich und endlich werde sich auch die strukturelle Überalterung langfristig negativ auf die Mobilisierungsfähigkeit und Stärke der PDS auswirken.

Die Plausibilität dieser Argumente liegt auf der Hand. So wird trotz des Beitrages, den die älteren Parteimitgliedern für die soziale Verankerung und den Zusammenhalt der PDS gegenwärtig noch leisten, die Überalterung mehr und mehr zum Problem, zumal es der PDS bisher nicht gelungen ist, in ausreichendem Umfang politischen Nachwuchs zu organisieren und in die Parteiarbeit zu integrieren.²⁰ Bei den Kommunalwahlen im Mai 2000 in Thüringen, bei der die Altersgrenze für die 143 zu vergebenden öffentlichen Ämter gesetzlich auf 65 Jahre festgelegt war, konnte die PDS – offensichtlich aus Mangel an jüngeren Mitgliedern - nur 66 Kandidaten benennen, obwohl sie dort 11.400 Mitglieder hat. Probleme gibt es aber nicht nur im Hinblick auf die Mitgliederstruktur, sondern auch in Bezug auf die Führungsebenen. So wird sich wahrscheinlich der Rückzug von Lothar Bisky und Gregor Gysi aus der Parteiführung nachteilig auf die innere Kohärenz der PDS auswirken. Beide, darin sind sich die meisten Beobachter einig, werden nur schwer zu ersetzen sein. In den neunziger Jahren hatte sich an der Spitze der PDS eine effektiv organisierte Führungsscrew etabliert, die die Partei relativ gut im Griff hatte und ihre Talente arbeitsteilig einsetzte: Lothar Bisky als Parteivorsitzender integrierte die Partei nach innen, Gregor Gysi war die witzig-spritzige charismatische Führungsfigur nach außen in Richtung Öffentlichkeit und Medien, Andre Brie verkörperte den intellektuellen Vordenker, der der Partei auch schon einmal vor das Schienbein trat, und Hans Modrow war und ist der Brückenkopf zwischen der reformpolitisch orientierten Führung und der traditionell ausgerichteten Mitgliedschaft. Es wird sich erst noch herausstellen müssen, ob dieses ausbalancierte Bündnis unter der neuen Parteivorsitzenden Gabi Zimmer Bestand haben wird. Gabi Zimmer verkörpert mit ihrer Biographie vor allem ein Stück Ost-Identität und garantiert als Kompromisskandidatin, die die offensive Auseinandersetzung mit den verschiedenen Plattformen innerhalb der Partei scheut, vor allem die Einheit der Partei. Gleichzeitig steht sie für einen Kurs, der die Fortsetzung der Reformorientierung der Par-

verständnis verbunden.

¹⁹ Ebd. S. 321.

²⁰ Vgl. Dittberner, Jürgen: Neuer Staat mit alten Parteien? Die deutschen Parteien nach der Wiedervereinigung. Opladen 1997, S.234.

tei mit Traditionspflege zu verbinden weiß. Die Art und Weise, wie sie die PDS auf dem Parteitag im Herbst 2000 in Cottbus durch ihr Bekenntnis zu Deutschland mit der Bundesrepublik zu versöhnen suchte und gleichzeitig den in der PDS auch vorhandenen traditionellen Vorstellungen von nationaler Identität eine Ausdrucksform gegeben hat, war als politische Inszenierung durchaus gelungen, auch wenn Teile der “modernen Sozialisten” und die “Deutschland halt’s Maul”-Fraktion innerhalb der PDS eher allergisch auf dieses Bekenntnis reagiert haben. Zugleich zeigt die Auseinandersetzung um dieses Bekenntnis, dass die Frage, auf welcher Achse des politischen Koordinatensystems die PDS sich selbst verortet, nicht einfach in das klassische Rechts-Links-Raster passt. Vielmehr zeichnet sich ab, dass eine neue, pragmatisch orientierte Reformfraktion, für die sowohl Gabi Zimmer als auch der neue Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Roland Claus, stehen, Elemente eines Modernisierungskurses mit spezifisch ostdeutschen Traditionen und Einstellungen verbinden will.

Allerdings sind die Zeiten, in denen die PDS wie selbstverständlich von Wahlerfolg zur Wahlerfolg eilt, voraussichtlich erst einmal vorbei. Auf dem Sockel eines soliden und relativ homogenen Stammwählerpotentials hat die Partei in den letzten Jahren ihre Position in den ostdeutschen Bundesländern systematisch ausbauen können und dabei - wie am Beispiel Sachsen weiter oben bereits gezeigt wurde - auch Wechselwähler und Nichtwähler mobilisiert. Aufgrund der hohen Wählervolatilität in Ostdeutschland kann sich die PDS dieser Wähler aber keinesfalls sicher sein. Aus der Wahlforschung wissen wir, dass Wählerinnen und Wähler der PDS in einigen Fragen eher konservativ orientiert sind und dass insbesondere ihre Rechts- und Ordnungsvorstellungen eine gewisse Affinität zu denen von CDU-Wählern aufweisen.²¹ Man darf vor diesem Hintergrund gespannt sein, wie ein Teil der PDS-Wählerschaft auf eine sich sozialer gerierende CDU reagiert, zumal diese jetzt von einer ostdeutschen Frau geführt wird, die sich nicht nur gegen das Westestablishment ihrer Partei durchgesetzt hat, sondern auch die soziokulturellen Verständigungs-codes der Ostdeutschen versteht und spricht.

Angesichts der skizzierten strukturellen Probleme dürfte die Prognose, dass die PDS bei den Wahlen 1999 ihren Zenit erreicht hat, nicht allzu riskant sein. Dennoch spricht einiges dafür, dass die Zukunftsaussichten der PDS auf mittlere Sicht besser sind, als es in einem Teil der politikwissenschaftlichen Literatur diskutiert wird. Es ist zwar zu erwarten, dass mit der weiteren Integration Ost- und Westdeutschlands die PDS einen Teil ihrer Korrektivfunktion im Hinblick auf die Repräsentation von ostdeutscher Befindlichkeit in der gesamtdeutschen Ge-

²¹ Vgl. Creydt, Meinhard: Gnadenlose Normalität. Eine Vergegenwärtigung der PDS-Praxis anlässlich ihres zehnten Geburtstages. In: Kommune, Jahrgang 2000, Heft 1, S.47-49.

sellschaft einbüßen wird, aber alle bisherigen Untersuchungen weisen darauf hin, dass die PDS als Trägerin eines "neuen ostdeutschen Selbst- und Wir-Bewusstsein" auch zukünftig ein relativ stabiles Wählerpotential im Osten ausschöpfen kann. In Ostdeutschland ist die PDS inzwischen mehr als eine reine Milieupartei. Dank ihrer Stärke und ihres institutionellen Gewichts (z.B. in der Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern) kann sie sich auch mit Interessenstrukturen verkoppeln. Insofern ist ihre Zukunft als ostdeutsche Regionalpartei nicht gefährdet. Die Frage ist allerdings, wie die PDS auf die an sie herangetragenen Modernisierungserwartungen reagieren wird. Wenn sie eine Zukunft haben wolle, dann müsse sie sich, so hört man sowohl aus der Politikwissenschaft als auch aus den Reihen einiger intellektueller PDS-Parteidenker, zu einer "modernen sozialistischen Partei" weiterentwickeln, die den sich abzeichnenden Ausdifferenzierungen der ostdeutschen Gesellschaft Rechnung trägt und sich stärker als bisher von etatistischen Politikvorstellungen verabschiedet.²² Einer an westlichen Vorbildern orientierten Modernisierung sind angesichts der Mentalitäten sowohl innerhalb der Parteibasis als auch unter einem Teil der Wählerschaft der PDS allerdings Grenzen gesetzt, zumal die Lücke im Bereich der "subjektiven Modernisierung" zwischen Ost- und Westdeutschland nicht voluntaristisch überwunden werden kann. Für die Politikfähigkeit der PDS, die auch weiterhin in erster Linie von ihren Erfolgen als ostdeutsche Regionalpartei abhängen wird, könnte sich als sehr viel entscheidender herausstellen, wie sie dosierte Schritte einer programmatischen Modernisierung, die sich stärker auf Prozesse der Individualisierung und Libertät einlässt, mit der Fähigkeit verbindet, sich gleichzeitig zum Fürsprecher und Vertreter andersgearteter ostdeutscher Gemeinschaftserfahrungen zu machen.²³ Prozesse soziokultureller Pluralisierung sind in der DDR gebremster und anders verlaufen als im Westen; der den Ostdeutschen bescheinigte Traditionalismus, ihre Abwehrhaltungen und kulturellen Eigensinnigkeiten gegenüber der sozialen Dynamik, die mit der Implementierung von Marktgesetzen und funktionalen Interessenkonflikten im Osten eingezogen ist, werden im westlichen Modernisierungsdiskurs oft zu einseitig als "Modernisierungsblockade" diffamiert. Es handelt sich bei diesen Reaktionen eher um eine Art "Modernisierungsschmerz", der insbesondere in Zeiten gesellschaftlicher Umbrüche und beschleunigter Modernisierung auftritt. Die politische Herausforderung besteht für die PDS gerade darin, diesen kulturellen Abwehrhaltungen und Gefühlen einen eigenen politischen Artikulationsraum zu verschaffen, ohne sie in ressentimentgeladene antiwestliche Politik zu übersetzen. Sollte ihr dieser Spagat

²² Siehe u.a. Neugebauer/Stöss (Anm. 8), S. 280ff.

²³ Dietrich Mühlberg argumentiert in diesem Zusammenhang zu Recht, dass "Entwicklungsverzögerungen" auf dem Gebiet der subjektiven Modernisierung erst allmählich aufgeholt werden können. Dabei ist für das kulturelle Selbstwertgefühl allerdings entscheidend, ob auch eigene kulturelle Traditionsbestände eingebracht werden können. Siehe Mühlberg, Dietrich:

gelingen, wird sie ihren Platz in der ostdeutschen Parteienlandschaft ohne Probleme verteidigen können.

Selbst die Chance, auf dieser Basis in Zukunft vielleicht doch noch zu einer gesamtdeutschen Partei zu werden, ist noch nicht verspielt. Mit einer moderaten, linkssozialistischen Kapitalismuskritik, die sich gleichwohl vorbehaltlos auf die Vorzüge der parlamentarischen Demokratie einlässt, könnte die Partei in der öffentlichen Auseinandersetzung ein politisches Terrain besetzen, das von allen anderen Partei mehr und mehr preisgegeben wird: nämlich die Verteidigung gewachsener Lebenswelten und sozialer Traditionsbestände gegenüber dem Zugriff einer ungebremsten Modernisierung infolge globaler Wirtschaftsprozesse. Dass man als Anwalt und Fürsprecher des Teils der Gesellschaft, der Gerechtigkeitsvorstellungen nicht einfach zugunsten der Erfordernisse des Weltmarktes preisgeben will, auch im Westen durchaus Punkte machen kann, hatte zuletzt der alte Labour-Linke Ken Livingstone bei seinem erfolgreichen Wahlkampf in London bewiesen. Ob die PDS allerdings mit einer orthodox agierenden Parteiorganisation im Westen und ohne ihren Vormann Gregor Gysi, der mit seiner linkspopulistisch eingefärbten Rhetorik genau diese Position öffentlich kommunizieren konnte, auf den Spuren von Livingstone wandeln kann, muß gegenwärtig wohl eher bezweifelt werden.

GraphikLandtagswahlen in Thüringen seit 1990

	1990		1994		1999	
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
Wahlberechtigte	2 001 204		1 952 951		1 965 937	
Wähler	1 436 300		1 461 118		1 176 803	
Wahlbeteiligung		71,8		74,8		59,9
CDU	634 769	45,4	605 608	42,6	592 474	51,0
SPD	318 490	22,8	420 236	29,6	214 801	18,5
PDS	136 098	9,7	235 556	16,6	247 906	21,3
GRÜNE	90 643	6,5	64 041	4,5	21 617	1,9
DVU					36 386	3,1
F.D.P	129 543	9,3	45 651	3,2	13 001	1,1

Nettowählerwanderung zur PDS in Sachsen
Landtagswahl 1999

